

Kiel, 29.08.2003

Landtag aktuell

TOP 20 – Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen

**Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn**

Helmut Jacobs:

Effizienter Einsatz von Ressourcen in der beruflichen Bildung

Im Mai hat das Bildungsministerium im Auftrag der Haushaltsprüfgruppe des Finanzausschusses einen Bericht zur Einrichtung von Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen vorgelegt. Es geht dabei um die Umsetzung der schulgesetzlichen Verpflichtung, Personal und Sachmittel so effizient wie möglich zu verwenden, indem statt zu kleiner Berufsschulklassen regionale oder landesweite Einheiten gebildet werden.

Wir haben ausführliche Informationen und Daten über Ausbildungsberufe und Berufsschulstandorte in Schleswig-Holstein erhalten, über Schülerzahlen, bestehende Bezirksfachklassen und Landesberufsschulen und über das Verfahren zu ihrer Einrichtung, über Planstellenbemessung, Schulkostenbeiträge und Klassenbildung. Außerdem werden Standorte und Berufe aufgelistet, die nur geringe Schülerzahlen haben. Im Ergebnis sind die Schulleitungen dem Auftrag zur Bildung von jahrgangs- und berufsübergreifenden Klassen nachgekommen.

Das vom Ministerium mit dem Landkreistag, dem Städteverband und einzelnen Schulträgern erarbeitete Konzept sieht vor, im Herbst in einem mehrstufigen Verfahren Vorschläge für die Konzentration von Berufsschulstandorten für Berufe mit wenigen Auszubildenden zu entwickeln, die zum Schuljahr 2004/2005 erfolgen soll. Auch die Ausbildungsbetriebe und -einrichtungen sollen frühzeitig eingebunden werden. Vor der endgültigen Festlegung der Standorte erfolgt das Anhörungsverfahren.

Ziele sind:

- Sicherung und Steigerung der Unterrichtsqualität,

- effizienter Lehrereinsatz,
- zumutbare Schulwege,
- vertretbare Sachkosten,
- fairer Wettbewerb zwischen den Schulstandorten,
 - und: - das ist der vielleicht wichtigste Punkt - die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe soll nicht beeinträchtigt werden, und deshalb wird es eine ständige Rückkoppelung mit der ausbildenden Wirtschaft vor Ort geben.

Jede einzelne Einrichtung von Bezirksfachklassen musste auch in der Vergangenheit immer individuell verhandelt werden. Vor einigen Jahren wollte man z.B. in Nordfriesland die Fleischer- und Bäcker Ausbildung jeweils an einer Berufsschule in Niebüll oder Husum konzentrieren. Beide Schulen konnten aber aufgrund ihrer Größe im Interesse der Ausbildungsbereitschaft der Betriebe die Beschulung in diesen Berufen eigenständig vornehmen – allerdings, das sei auch erwähnt, auf Kosten anderer Schulformen.

Auch die CDU kennt dieses schlüssige Konzept seit drei Monaten und hat nun festgestellt, dass die Landesregierung „Stückwerk“ plant. Sicher ist es das gute Recht der Opposition, alles schlecht zu finden, was aus dem Bildungsministerium kommt, und deswegen möglichst viel Sand ins Getriebe zu streuen. Deshalb wird mal wieder ein weiteres Gesamtkonzept gefordert, das nur mit langwierigen wissenschaftlichen Untersuchungen erfüllbar ist. Die wiederum würden nicht nur Zeit, sondern auch eine Menge Geld kosten – wir haben's ja! Im Antrag ist mehrfach von genauen Analysen und Prüfungen, von Stärken- und Schwächenanalysen die Rede, die doch ohnehin selbstverständlich sind und regelmäßig von den betroffenen Schulen in die Abstimmungsprozesse eingebracht werden.

Außerdem wird eine Zusicherung verlangt, dass die eingesparten Stunden an den Berufsschulen verbleiben. Solcher Zusicherung bedarf es nicht, weil es im Konzept ausdrücklich heißt, dass die Umsetzung des Konzeptes die Unterrichtsversorgung der Berufsschulen verbessern soll. Außerdem wäre eine Verlagerung von ersparten Stunden auf die allgemeinbildenden Schulen schon deshalb kontraproduktiv, weil die duale

Ausbildung immer stärker in die Berufsschulen verlagert wird. Die Zahl der berufsvorbereitenden Klassen und berufsqualifizierende Vollzeitbildungsgänge wächst stetig. 1992 gab es in Schleswig-Holstein rund 400 berufsvorbereitende Vollzeitklassen; jetzt sind es über 500. Dieser Verschiebung zu Lasten des Landes lässt sich durch die Einrichtung von Bezirksfachklassen gegensteuern.

Wir lehnen den CDU-Antrag ab, weil in ihm Forderungen aufgestellt sind, die bereits Bestandteil des Konzeptes der Landesregierung sind.

Unser Antrag setzt sich für einen effizienten Einsatz von Ressourcen in der beruflichen Bildung ein und bestärkt die Landesregierung darin, bei der Einrichtung von Bezirksfachklassen der Ausbildungsbereitschaft höchste Priorität einzuräumen.